

## Bundesasylzentrum Buosingen

Die Bevölkerung der Gemeinden Arth und Lauerz wurden von der Nachricht überrascht, dass die Gemeinde Arth, der Kanton Schwyz und das Staatssekretariat für Migration (SEM) an einem Bundesasylzentrum (BAZ) auf dem Areal des Camping Buosingen arbeiten.

Bis anhin war ein BAZ mit 170 Plätzen im Wintersried in Schwyz geplant gewesen, nachdem die Regierung erfolgreich durchsetzen konnte, dass sich die Zentralschweiz die zugewiesenen 340 Plätze auf zwei BAZ von je 170 Plätzen aufteilt.

Angeblich wäre das Industriegebiet Wintersried unpassend für ein BAZ, weil es die weitere Entwicklung beeinträchtigen würde. Wer auf die Idee kam, dass es besser wäre im Gebiet des Bundesinventar der Landschaften und Naturdenkmäler (BLN) neue Bauten für ein BAZ zu erstellen, bleibt offen. Insbesondere in BLN-Gebieten, in welchen der Bund selber stets restriktiv gegen Bauvorhaben vorgeht.

Die Bevölkerung in den Gemeinden Arth und Lauerz hat zurecht Bedenken bezüglich der Sicherheit in den Dörfern, insbesondere im Gebiet um den Bahnhof Goldau und an sensiblen Orten, wie Schulhäusern und öffentlichen Plätzen. Es darf nicht sein, dass der ganze Kanton von den finanziellen Vorteilen eines BAZ im Kanton auf Kosten der Sicherheit von Arth und Lauerz profitiert.

Wir bitten die Regierung die folgenden Fragen zu beantworten:

1. Wie sicher ist es, dass das BAZ im Gebiet Buosingen umgesetzt wird?
2. Wie kann sich die Bevölkerung einbringen?
3. Kann die Bevölkerung ein BAZ in ihrer Gemeinde verhindern und wenn ja, wie?
4. In welchem Umfang fällt die Entlastung für den Kanton Schwyz insgesamt aus und wie wird diese Entlastung auf den Kanton, die Gemeinden Arth, Lauerz und die anderen Gemeinden verteilt?
5. Wäre ein BAZ in den bestehenden Anlagen im Wintersried nicht günstiger für den Schweizer Steuerzahler, als ein neu zu erstellendes BAZ in Buosingen?
6. Wie kann sichergestellt werden, dass das BAZ nicht überbelegt wird und dass die Anzahl Plätze auch in Zukunft auf 170 limitiert bleibt?
7. Muss der Kanton Schwyz Mehrkosten für die Gewährleistung der Sicherheit tragen?
8. Wird die Kantonspolizei Schwyz den Transport der abgewiesenen Asylsuchenden zum Flughafen Zürich durchführen und für diese Kosten aufkommen?
9. Inwieweit ist die bekannte Vereinbarung zwischen der Gemeinde Schwyz und dem Bund betroffen, welche die Übernahme des Zeughausareals in Seewen vorsieht, wenn im Gegenzug ein BAZ im Wintersried umgesetzt wird.
10. Sollte das BAZ in Buosingen nicht mehr benutzt werden, wie kann die Parzelle weiter genutzt werden und kann die Nutzung der Gemeinde Arth übertragen werden?

Wir bedanken uns bei der Regierung für die Beantwortung der Fragen.

KR Adrian Imhof, FDP, Arth



KR Peter Dettling, FDP, Lauerz

